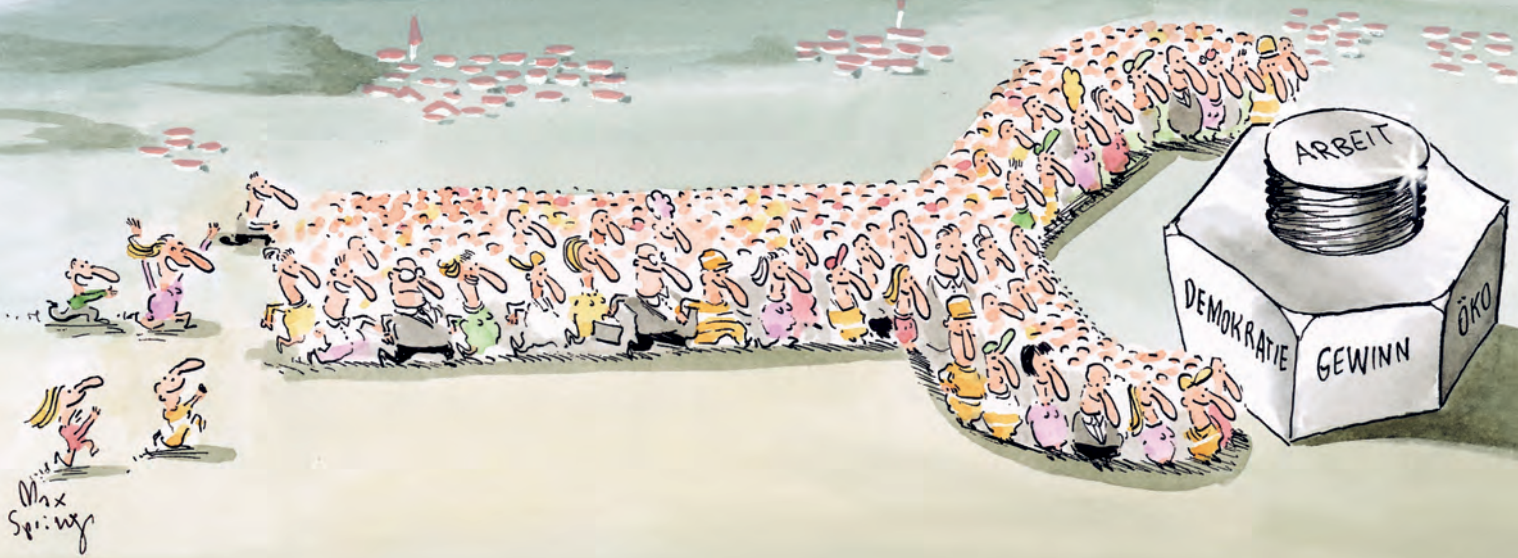


SOLIDARISCH



WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE ALS SCHLÜSSEL zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft.

Wir wagen mehr Demokratie



Barbara Gysi,
Nationalrätin SP,
St. Gallen

Arbeit und alles, was damit zusammenhängt, bestimmt und beeinflusst unser Leben ganz massgeblich. Im Idealfall identifizieren wir uns mit unserer Arbeit und finden Erfüllung in ihr. Lohn und Arbeitszeit bestimmen hauptsächlich, was wir uns leisten können und wie wir leben. Und unsere Arbeitsbedingungen haben ganz entscheidenden Einfluss auf unsere Gesundheit und Zufriedenheit. Obwohl sie von entscheidender Wichtigkeit für unser Leben sind, haben wir zu allen diesen Faktoren kaum etwas zu sagen. Die Mechanismen der Wirtschafts- und Arbeitswelt werden von Interessen und Menschen bestimmt, auf die wir nur sehr begrenzt Einfluss haben. Wenig überraschend ist deshalb, dass gemäss aktuellen Studien mehr und mehr Mitarbeitende das ändern wollen und mehr Mitbestimmung im Unternehmen wün-

schen. In einer Zeit, in der Stress, prekäre Arbeitsverhältnisse und die Angst vor Arbeitslosigkeit zunehmen, wünschen sich die Menschen mehr demokratische Kultur in der Arbeitswelt.

Es braucht Veränderungen

Arbeit beeinflusst unser Leben. Und das nicht nur im Positiven. Für viele Menschen ist Arbeit eine Belastung, sinnlos oder aber nicht erreichbar. Arbeit aufzuwerten, Beteiligung und Flexibilität zu ermöglichen, Wertschätzung zu vergrössern und Hierarchien zu verkleinern, ist deshalb dringend notwendig und würde sich in vielen Fällen auch für die Unternehmen auszahlen.

Aber mehr Demokratie in der Wirtschaft ist mehr als ein Instrument zur Verbesserung von Arbeitsproduktivität und Zufriedenheit. Zur Frage des Arbeitsklimas gesellt sich die für die

Sozialdemokratie zentrale Frage nach Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Denn unsere Wirtschaft steckt heute in einer ganz grundsätzlichen Krise. Die ökonomische Ungleichheit nimmt zu. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer zahlreicher und der Mittelstand erodiert. Und die drohende Klimakatastrophe führt uns eindrücklich vor Augen, dass es Veränderung braucht.

Wirtschaftsdemokratie bewegt

Heute bestimmen in der Wirtschaft einige wenige. Die grösste Wirtschaftsmacht liegt in den Händen von einigen anonymen Grossaktionären – nicht bei den KMU, den Angestellten oder gar der ganzen Bevölkerung. Und weil die Macht in den Händen von einigen wenigen liegt, funktioniert die Wirtschaft heute auch vor allem für einige wenige. Das zu ändern, die Macht in der Wirt-

schaft schrittweise mehr Leuten zugänglich zu machen und den Wohlstand gerechter zu verteilen, ist die Idee der im Parteiprogramm der SP verankerten Wirtschaftsdemokratie. Dieses Thema hat Ende des letzten Jahres einige Gemüter bewegt. Zu Recht, geht es doch um viel.

Mit überwältigender Mehrheit hat der Parteitag Anfang Dezember 2016 ein Positionspapier für mehr Wirtschaftsdemokratie verabschiedet. Das Papier wurde über mehrere Jahre von einer offenen Arbeitsgruppe erarbeitet und sieht keinen Masterplan vor, sondern beinhaltet vielmehr konkrete Auswege aus der heutigen Krisensituation. Es sind Vorschläge, im Hier und Jetzt existierende Elemente einer zukunftsfähigen, einer demokratischen, solidarischen und ökologischen Wirtschaft gezielt zu stärken. Etwa indem Genossenschaften

und der Service Public aktiv gefördert werden, die Mitbestimmung in Unternehmungen ausgebaut und die Gewinnverteilung gerechter gestaltet werden sollen. Damit kämpfen wir nicht gegen die Wirtschaft, sondern für eine andere Wirtschaft.

Ein Mehrgenerationenprojekt

Nach dem Parteitag geht der Einsatz für mehr Wirtschaftsdemokratie erst richtig los: Mit Bildungsarbeit soll das Wissen zum Thema in der Partei und bei zugewandten Orten vergrössert werden, die SP-Fraktionen auf allen Staatsebenen erarbeiten auf Grundlage des Papiers Vorstösse für Verbesserungen, der Spielraum für eine Initiative wird evaluiert, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften werden konkrete Handlungsfelder definiert und mit den Arbeitgebern ausgehandelt und die konzeptionel-

le Arbeit der Arbeitsgruppe geht weiter.

Das Ziel einer demokratischen, ökologischen und solidarischen Wirtschaft ist ein Mehrgenerationenprojekt. Es wird sich nicht von heute auf morgen realisieren lassen. Aber die positiven Beispiele der Gegenwart, wie etwa die Gemeinwohl-Ökonomie oder die nicht-kommerzielle Sharing-Economy, zeigen, dass Veränderung möglich ist und sich lohnt. Genau diesen Einsatz müssen wir fortsetzen, verstärken und zusammenführen. Wir wollen, dass die Wirtschaft eine positive Rolle übernimmt. Dass sie Perspektiven bietet und Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen findet, statt Probleme zu schaffen.

TÜRKEI

Mobilisierung für die Demokratie!



Carlo Sommaruga,
Nationalrat SP,
Genf

Im Juni 2016 kam Selahattin Demirtas, Co-Präsident der pro-kurdischen Partei HDP, auf Einladung der SP ins Schweizer Parlament. Bei seinem Besuch sprach der charismatische türkische Spitzenpolitiker die unvermeidliche Verhaftung von ihm und seinen Parlamentskollegen nach

der Aufhebung der parlamentarischen Immunität an. Ruhig betonte er, dass sein Kampf für die Menschen- und Minderheitenrechte sowie für Demokratie und Frieden ungeachtet einer möglichen Haft weitergehen werde.

Angst und Unterdrückung

Heute liegt Selahattin Demirtas in einer Zelle weit, sehr weit weg von uns. Mit ihm wurden über 1000 nationale und lokale Abgeordnete, Parteikader, Aktivistinnen und Aktivisten der HDP inhaftiert. Die HDP, einzige glaubwürdige Partnerin für den Aufbau des zivilen und militärischen Friedens in der Türkei, wurde liquidiert. Nun steht die nationalistische sozialdemokratische Partei CHP am Pranger. Bewaffnete Konfrontation und Repression des kurdischen Volks, das ist der absurde Weg des türkischen Präsidenten. Doch die militärische Option ist eine Sackgasse, die jüngste Geschichte hat

es gezeigt. Bombardierungen, wie in Syrien, der kurdischen Städte im Südosten der Türkei und der Tod von Zivilisten, deren einziger Fehler war, als Kurden geboren zu sein, führen nur zu Groll.

Der Putschversuch gab Präsident Erdogan Gelegenheit zur Zersplitterung bzw. Unterdrückung der Zivilgesellschaft und von kritischen Medien, Journalisten und Schriftstellern, zu einer Gleichschaltung von Universitäten und Verwaltung wegen der Gülen-Bewegung, dem neuen Mantra der Ausgrenzung. Gegen kritische Stimmen gibt es Ausschreitungen. Überall macht sich Angst breit. Es herrscht Faschismus.

Druck auf die Türkei hoch halten

Die SP-Fraktion der Bundesversammlung hat zahlreiche Vorstösse eingereicht und den Bundesrat zu mehr Weitsicht und zum Einfrieren der Zusammen-

arbeit mit der Türkei in den Bereichen Information, Polizei und Militär aufgefordert. Zudem treten die SP-Parlamentarier in Bern als Paten für die inhaftierten HDP-Abgeordneten auf.

Die fortschrittlichen Kräfte der türkischen Zivilgesellschaft und das kurdische Volk dürfen nicht sich selbst überlassen werden. Die türkischen und kurdischen Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für Menschenrechte, Demokratie und Frieden einsetzen, erwarten unsere Unterstützung. Mit Schreiben an die türkische Botschaft und das türkische Parlament, Reisen in die Türkei um die politischen Gefangenen zu treffen, Teilnahmen an Demonstrationen in der Schweiz bleibt der Druck hoch, was die Hoffnung hier und dort weiterleben lässt.

Wie sagte doch Selahattin Demirtas: Nach jeder Nacht geht die Sonne wieder auf, und kein Diktator kann sie daran hindern!

Es herrscht
Faschismus.



Ein Akzent gegen kurzatmige Berichterstattung: Die Hintergrundsendungen im öffentlichen Radio und Fernsehen.

DAS ZIEL DER NO BILLAG-INITIATIVE IST SIMPEL. Sie will die Radio- und Fernsehgebühren und somit auch die SRG abschaffen. Würde es soweit kommen, hätte dies für die Schweiz fatale Folgen.

Ein JA zur No Billag-Initiative hätte



Matthias Aebischer,
Nationalrat SP,
Bern

ständnis zwischen den Sprachregionen und den Kulturen. Kein anderes Unternehmen repräsentiert die Schweiz besser als die SRG. Die SRG ist die Schweiz.

Die Initianten spielen geschickt mit dem unzufriedenen Publikum

Es macht den Anschein, dass sich die Initianten der Tragweite ihrer Initiative nicht bewusst sind. Sie spielen geschickt mit dem unzufriedenen und nörgelnden Publikum. Klar, jede und jeder hat sich schon aufgeregt zu Hause vor dem Fernseher. Den einen sind die Werbeblöcke zu lang, den anderen passt die Einladungsstrategie der «Arena» nicht, wieder andere stören sich an den Verspätungen und ganz allgemein finden viele die eine oder andere Moderatorin oder einzelne Kommentatoren ungenügend. Die Geschmäcker sind verschieden. Ich

habe 20 Jahre bei der SRG gearbeitet und kenne die diversen Kritikpunkte im Detail. Aber Achtung! Genau um das geht es bei der No Billag-Initiative nicht. Es geht einzig und allein darum, der SRG den Geldhahn zuzudrehen.

Ohne Gebühren keine SRG

Die Gefahr ist also bei der No Billag-Initiative dieselbe, wie schon bei der Abstimmung vom 14. Juni 2015 zum Bundesgesetz über Radio und Fernsehen. Damals gesellten sich zu den Interessensvertretern der Privatwirtschaft ebenfalls Zuschauerinnen und Zuschauer, welche mit dem SRG-Programm nicht zufrieden waren. Hauchdünn nur wurde deshalb das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen gutgeheissen. Diese Allianz wird wohl auch bei der No Billag-Initiative wieder spielen. Eine Annahme hät-

te diesmal jedoch fatale Folgen. Ohne Gebühren, könnte meines Erachtens die SRG ihre gesetzlich verankerten Aufgaben nicht mehr erfüllen. Ein «Ja» würde also das Ende der SRG bedeuten.

Verschieden private Akteure würden profitieren

Profitieren von einem Ende der SRG würden verschiedene private Akteure. Firmen, welche zum Beispiel Schweizer Werbung für die Werbefenster von Sendern anderer Länder akquirieren. Diese und weitere Firmen, welche für private Medien arbeiten, dürften also die Befürworter der Initiative auch finanziell massiv unterstützen. Denn es geht um Milliarden. Die No Billag-Initianten dürften also mit einer gestopften Kasse in den Abstimmungskampf steigen.

Die Medien sind in einer Umbruchphase. Die journalistische Grundversorgung ist kaum mehr gewährleistet. Die Qualität nimmt ab. In dieser Phase ist eine gesunde und unabhängige SRG von grosser Bedeutung. Die SRG versorgt alle Landesteile mit einem qualitativ sehr guten Programm. «Qualitativ sehr gut» heisst: Angebotsvielfalt, Abbildung verschiedener Meinungen, Verständlichkeit, Faktentreue und saubere Trennung von Fakten und Meinungen. Die SRG fördert das Ver-



PATRICK TSCHUDIN | CC BY 2.0



FRANKSCHNEIDER | CC BY-SA 3.0

Der RTS-Sitz in Genf: Dank den Billag-Gebühren gibt es in allen Sprachregionen ein hochwertiges Angebot.



SRF

Mit Eigenproduktionen wie «Der Bestatter» leistet die SRG einen wichtigen Beitrag zum schweizerischen Kulturschaffen.

tte fatale Folgen!

Die SRG ist ein Solidaritätsprojekt – kämpfen wir dafür

Wenn auch mit weniger finanziellen Mitteln als der Gegner, wird die SP an vorderster Front gegen die No Billag-Initiative kämpfen. Denn die SRG ist das wohl grösste Solidaritätsprojekt der Schweiz. Von 100 Gebührenfranken, die in der Deutschschweiz bezahlt wer-

den, gehen mehr als 30 Franken in die italienischsprachige Schweiz oder in die Romandie. Nur so ist ein gleichwertiges Angebot in den vier Sprachregionen möglich. Kämpfen Sie auch für das Solidaritätsprojekt SRG. Mit Ihrer Spende helfen Sie mit, die gefährliche Initiative zu versenken. Wir danken Ihnen.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «solidarisch» informiert die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner aus erster Hand über aktuelle politische Entwicklungen. SP-Mitglieder aus dem National- und Ständerat berichten über ihre jeweiligen Fachgebiete, um Sie über unsere politische Arbeit ins Bild zu setzen.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «solidarisch» regelmässig, ohne Verpflichtung, erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank, SP Schweiz

Mein letzter Wille

Was mir zu Lebzeiten lieb und wichtig ist, soll auch danach noch Bestand haben: meine sozialen Werte sollen weiterleben. Deshalb bestelle ich den Testament-Ratgeber der SP Schweiz.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Denn eine soziale Schweiz für die Zukunft zu sichern, ist unser gemeinsames Ziel.

Bitte Coupon einsenden an:

Sozialdemokratische Partei der Schweiz,
Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern

Tel. 031 329 69 87, eliane.boss@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch



AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIE UND ERNEUERBARE ENERGIEN

Alles entscheidet sich am 21. Mai 2017



Roger Nordmann,
Nationalrat SP,
Waadt

Referendum gegen das Projekt ergriffen hat, wird das Volk am 21. Mai 2017 darüber entscheiden.

Historischer Entscheid gegen neue Atomkraftwerke

Der Inhalt der Energiestrategie 2050 hat es in sich: Die Gesetzesvorlage, über die abgestimmt wird, will nicht nur die Gebäudeeffizienz, die effiziente Mobilität und die Entwicklung erneuerbarer Energien massiv fördern, sondern auch den Bau neuer Atomkraftwerke verbieten.

Natürlich kann man bedauern, dass die Vorlage kein festes Datum für die Stilllegung der bestehenden Atomkraftwerke vorsieht. In den Parlamentsdebatten hatten wir das vorgeschlagen, aber keine Mehrheit gefunden. Der Niedergang der Atomenergie könnte dennoch schneller vor sich gehen als der Bundesrat denkt. Die Regierung gibt als Horizont das Jahr 2035 an, doch es ist immer weni-

ger sicher, dass die Atomkraftwerke noch so lange betrieben werden können. Die wirtschaftlichen und technischen Probleme der alten Anlagen sind praktisch unlösbar. Mühleberg wird auf jeden Fall 2019 stillgelegt, und wir haben gerade den ersten Winter hinter uns, in dem die Hälfte des Nuklearparks (Beznau 1 und Leibstadt) wegen Pannen ausser Betrieb war.

Andererseits wird mit dem Verbot für den Bau neuer Atomkraftwerke ein grundlegender Richtungsentscheid gefällt. Wie ich von meinem Freund und Genossen Paul Rechsteiner nach der Ständeratsdebatte erfuhr, ist die Tatsache, dass eine klare Mehrheit des Parlaments sich hinter diesen Entscheid stellt, als historisches Ereignis zu werten, dessen Tragweite nicht unterschätzt werden darf. Da die Unternehmen ungern auf eine überholte Technologie setzen, werden sie eher

geneigt sein, den Ausstieg zu beschleunigen, als noch einmal in ihre alten Anlagen zu investieren.

Es geht um viel

Natürlich führt die SVP mit ihrem Referendum ein Nachhutgefecht. Dennoch ist das Risiko nicht zu unterschätzen, hat doch die Familie Blocher beschlossen, viel Geld in die Pro-Atom-Propaganda zu investieren. Zudem schreckt der SVP-Apparat vor keiner Lüge zurück.

Faktisch geht es um die Wahl zwischen einheimischer Produktion und Import von schmutzigem Strom. Wenn die Energiestrategie abgelehnt wird, ist zu bezweifeln, dass es den «Atom-Technokraten» so rasch gelingen wird, neue Atomkraftwerke zu bauen. Eine Ablehnung würde jedoch nicht nur die Entwicklung neuer erneuerbarer Energien, sondern auch die Anstrengungen um mehr Energieeffizienz blockieren. Die Stromunternehmen würden alles tun, um die Betriebsdauer der alten Kraftwerke so lang wie möglich zu verlängern. Es ist deshalb auch keine Überraschung, hat Christoph Blocher letzthin vorgeschlagen, den Betrieb der alten Atomkraftwerke zu subventionieren.

Am 21. Mai 2017 steht also viel auf dem Spiel. Ich zähle auf euch und euer Engagement für die Kampagne. Wenn wir uns den Einsatz unserer Genossen und insbesondere des früheren Nationalrats Rechsteiner gegen den Bau von Kaiseraugst 1975 vor Augen halten, dann sehen wir, dass wir diesen Kampf seit über 40 Jahren führen. Ein paar Wochen vor einem definitiven Volksentscheid ist nicht der richtige Moment, um dabei nachzulassen.

Erwartungsgemäss hat das Volk im letzten November die Initiative für einen raschen Atomausstieg verworfen. Da es sich um eine nur von der SP und den Grünen unterstützte Turbo-Initiative handelte, war das Ergebnis mit 46 % Ja-Stimmen absolut ehrenvoll. Nun ist es aber für die sozialdemokratische Partei keine Frage, sich mit ehrenvollen Niederlagen zu begnügen, ohne das Thema weiter voranzutreiben. Deshalb haben wir auch schon nach Fukushima auf die Energiestrategie 2050 gesetzt und eine starke parlamentarische Koalition für den Ausstieg aus der Atomenergie auf die Beine gestellt. Da die SVP das



Ein Nein zur Energiewende führt zu Import von schmutzigem Strom.

SP

IMPRESSUM «SOLIDARISCH/Das Spendenmagazin der SP Schweiz» erscheint viermal im Jahr in Deutsch und Französisch. Das Jahresabonnement für Gönnerinnen und Gönner ist im Spendenbetrag ab Fr. 5.– enthalten. Spenden: PC 30-520786-8, SP Schweiz, 3001 Bern. Herausgabe/Redaktion: Sozialdemokratische Partei der Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Tel. 031 329 69 69, Fax 031 329 69 70, solidarisch@spschweiz.ch. Redaktion: Simon Roth (Chefredaktion), Reto Gamma (Projektleiter Fundraising), Michael Sorg (Mediensprecher), Urs Geiser (Korrektor), Leyla Gül (Co-Generalsekretärin), Flavia Wasserfallen (Co-Generalsekretärin). Gestaltung: Atelier Bläuer, Bern. Auflage: 50 000 Expl.